



StädteRegion Aachen 52090 Aachen

An die  
Stadt Herzogenrath  
Rathausplatz 1  
52134 Herzogenrath

**Der Städteregionsrat**

A 70  
Umweltamt  
Wasserwirtschaft

Dienstgebäude  
Zollernstr. 20  
52070 Aachen

Telefon Durchwahl  
0241 / 5198 – 7018

Telefax  
0241 / 5198 – 87018

E-Mail \*  
Elisabeth.Kremer@staedteregion-  
aachen.de

Auskunft erteilt  
Frau Kremer

Raum  
F 362

Aktenzeichen  
(bitte immer angeben)  
710256 /25 – 1201/04

Datum  
15.05.2026

Erneuerung der Fuß- und Radwegebrücke „Pumper Mühle“ über die Wurm sowie Errichtung einer temporären Brücke zur vorübergehenden Umlegung von Versorgungsleitungen während der Bauzeit der vorgenannten Brücke

jeweils auf dem Grundstück in Herzogenrath, Gemarkung Kohlscheid, Flur 16, Flurstücke 1/1, 20/1, 40 und dem Grundstück in Würselen, Gemarkung Würselen, Flur 16, Flurstück 16, 18, 22, 41, 31  
Ihr Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung vom 13.10.2025

## Genehmigungs- und Kostenbescheid

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erteile ich Ihnen die wasserrechtliche Genehmigung, auf o. g. Grundstücken

1. die Fuß- und Radwegebrücke „Pumper Mühle“ zu erneuern
2. temporär eine Brücke zu errichten und mittels dieser während der Bauphase des Brückenbauwerks unter 1. mit Versorgungsleitungen das Gewässer zu queren.

Koordinaten:

Zu 1.:

Nordwert: 296125  
Ostwert: 5634770  
Gewässerkennzahl: 2828

zu 2.:

Nordwert: 296122  
Ostwert: 5634767  
Gewässerkennzahl: 2828

Telefon Zentrale  
0241 / 53 31 90

Telefax Zentrale  
0241 / 53 31 90

Internet  
[www.staedteregion-aachen.de](http://www.staedteregion-aachen.de)

Bankverbindungen  
Sparkasse Aachen  
IBAN  
DE21 3905 0000 0000 3042 04  
BIC AACSD33XXX

Postbank  
IBAN  
DE52 3701 0050 0102 9865 08  
BIC PBNKDEFFXXX

Erreichbarkeit  
Das Haus der StädteRegion ist mit verschiedenen Bus- und Bahnlinien des AVV zu erreichen (Haltestellen Normaluhr und Hauptbahnhof)

**Datenschutzinformation**

Alle Informationen zu den aktuell gültigen Datenschutzbestimmungen entnehmen Sie bitte den ausführlichen Hinweisen auf der Internetseite des Umweltamtes:

[www.staedteregion-aachen.de/datenschutz-a70](http://www.staedteregion-aachen.de/datenschutz-a70)

Bei Bedarf erhalten Sie diese Information auch in schriftlicher Form.



Die Genehmigung erfolgt unter Zugrundelegung der beiliegenden geprüften Unterlagen, nämlich:

- Antrag vom 13.10.2025
- Erläuterungsbericht
- Deutsche Grundkarte 1:5000
- Katasterplan 1:500
- Lageplan und Schnitte 1:50 und 1:25
- Rodungsbereiche für Kranarbeiten 1:100
- Landschaftspflegerische Stellungnahme
- Profildarstellung Wurm Profilschnitt 42240, 42250 und 42255
- Kostenschätzung
- Bodengutachten
- Umleitungskonzept für Rad- und Fußgänger Stadt Herzogenrath
- Prüfbericht Zustand alte Brücke

#### **NEBENBESTIMMUNGEN:**

Für diese Genehmigung gelten folgende Nebenbestimmungen:

##### **Allgemein:**

1. Der Genehmigungsbescheid mit seinen Anlagen ist aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen.
2. Soweit Prüfvermerke (Grüneintragungen) in den Antragsunterlagen vorgenommen wurden, sind diese von Ihnen zu beachten!
3. Der Baubeginn ist mir anzuzeigen.
4. Die Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Erteilung die Bauarbeiten abgeschlossen sind. Diese Frist kann auf schriftlichen Antrag verlängert werden. Die Verlängerung ist vor Ablauf der Frist zu beantragen.
5. Die Genehmigung kann jederzeit ganz oder teilweise widerrufen werden.
6. Die Genehmigung kann auch nachträglich mit Nebenbestimmungen versehen werden. Bestehende Nebenbestimmungen können auch geändert oder ergänzt werden.
7. Während der Bauarbeiten muss der Wasserabfluss, auch bei Hochwasser, dauernd gewährleistet sein.
8. Einzelheiten der geplanten Maßnahme sind, soweit erforderlich, mit dem Unterhaltungsträger des Gewässers abzustimmen.

9. Jede Verschmutzung des Gewässers ist unzulässig. Baufahrzeuge, Geräte und Maschinen, die Öl oder Schmierstoffe beim Betrieb abgeben, dürfen nicht eingesetzt werden.
10. **Jeweils vor Baubeginn** ist mir sowohl für die temporäre Brücke als auch für die dauerhafte Brücke eine **geprüfte Statik vorzulegen**.

#### **Bodenschutz:**

11. Fahrzeugeinsätze auf Ober- und kulturfähigem Unterboden sind so zu planen, dass die mechanische Belastung und Überrollhäufigkeit auf das notwendige Maß minimiert werden. Die Befahrung hat möglichst über befestigte Zuwegungen zu erfolgen. Für sensible Bereiche sind Bautabuflächen/-zonen auszuweisen und diese von Bautätigkeiten (z. B. Befahrung oder Nutzung als Arbeitsfläche) auszuschließen.
12. Für Fahrzeugeinsätze auf Ober- und kulturfähigen Unterboden sind bodenschonende Maschinen (z. B. Kettenfahrzeuge) zu verwenden mit möglichst geringem Kontaktflächendruck und geringem Gesamtgewicht. Andernfalls sind lastverteilende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Erdarbeiten dürfen nur bei trockener Witterung und ausreichend abgetrockneten Böden (i. d. R. bei halbfester; besser ab steifer Konsistenz) durchgeführt werden.
13. Beim Anlegen von temporären Baustraßen oder Baubedarfsflächen ist zu prüfen, ob ein Oberbodenabtrag erforderlich ist. Vor dem Einbau einer lastverteilenden Gesteinslage ist zur Substrattrennung ein reißfestes Geotextil bzw. Vlies zu verlegen.
14. Ober- und Unterboden sind getrennt auszubauen, nicht zu vermischen und möglichst vor Ort wieder horizontweise einzubauen. Der Ab- und Auftrag von kulturfähigem Bodenmaterial hat grundsätzlich rückschreitend und mit Raupenbaggern zu erfolgen.
15. Bodenaushub ist nach Ober-/Unterboden zu trennen und fachgerecht zwischenzulagern. Die maximalen Schütthöhen von Oberbodenmieten (2 m) und Unterbodenmieten (3 m) sind einzuhalten. Bei einer Zwischenlagerung von über 2 Monaten ist eine Begrünung aus tiefwurzelnden, wasserzehrenden Pflanzen (z. B. Luzerne, einjährige Lupine) vorzusehen. Bodenmieten dürfen auf keinen Fall befahren werden.
16. Temporär genutzte Baubedarfsflächen (z. B. Baustelleneinrichtungsflächen, Baustraßen, Lagerflächen) sind vollständig rückzubauen und die natürlichen Bodenfunktionen wiederherzustellen. Auf den baubedingt verdichteten Flächen sind Bodenlockerungsmaßnahmen durchzuführen. Vor dem Wiedereinbau des Oberbodens ist der Unterboden zu lockern.



## Naturschutz:

17. Sämtliche in der Landschaftspflegerischen Stellungnahme (Büro Landschaft, Aachen, September 2025) dargestellten Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind, wie dort festgesetzt durchzuführen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Maßnahme seitens der Unteren Naturschutzbehörde als Eingriff bewertet wird und somit die in der Stellungnahme aufgeführten Kompensationsmaßnahmen durchzuführen sind.
18. Die Baumaßnahmen sind regelmäßig von einer qualifizierten, landschaftsökologisch geschulten Fachkraft unter Beachtung folgender Bestimmungen zu begleiten.
19. Eine ökologische Baubegleitung ist während der Durchführung der Maßnahmen in ökologisch sensiblen Bauabschnitten/-zeiten mindestens einmal wöchentlich gegen Nachweis (Eintrag in das Baustellentagebuch sowie kurzen Bericht an die Untere Naturschutzbehörde) zu leisten.
20. Sämtliche Beschäftigten der bauausführenden Firmen sind vor Baubeginn vor Ort von der landschaftsökologisch geschulten Fachkraft in die Besonderheit der ökologisch sensiblen Bereiche und die damit einhergehenden Einschränkungen einzuweisen.
21. Der exakte Baubeginn, die landschaftsökologisch geschulte Fachkraft sowie die Bauleiter der ausführenden Firmen sind der Unteren Naturschutzbehörde mit Namen und Baustellen-Telefonnummer bis spätestens 1 Woche vor Baubeginn zu benennen. Sollten unvorhergesehene Änderungen in der Bauausführung notwendig sein, ist die Untere Naturschutzbehörde unverzüglich darüber zu verständigen.

## Abschließende Bestimmungen

22. Die baulichen Anlagen müssen im Ganzen und in ihren Teilen sowie für sich allein standsicher sein.
23. Die temporäre Brücke ist nach Fertigstellung der Fußgängerbrücke vollständig zurückzubauen.
24. Nach Fertigstellung der Arbeiten ist bei mir die Abnahme zu beantragen.
25. Die Anlagen sind von Ihnen so zu erhalten, dass der ordnungsgemäße Zustand des Gewässers nicht beeinträchtigt wird.

## ALLGEMEINE HINWEISE:

- Im direkten Bereich des Vorhabens sind dem Umweltamt der StädteRegion Aachen keine Altlasten oder schädliche Bodenveränderungen bekannt. Für den Fall, dass bei Erd- und Aushubarbeiten organoleptisch (z. B. geruchlich oder visuell) auffälliges Bodenmaterial festgestellt wird, ist das Umweltamt der StädteRegion Aachen (A 70.4 – Bodenschutz und Altlasten, Zollernstr. 10, 52070 Aachen, Tel. 0241/5198-7048) unverzüglich zwecks Abstimmung weiterer Maßnahmen zu unterrichten (Mitteilungspflichten gem. § 2 Abs. 1 Landesbodenschutzgesetz).

Südöstlich des Vorhabens befindet sich eine Kläranlage, die derzeit nachrichtlich im Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten der StädteRegion Aachen geführt wird (siehe Abbildung). Bei Erd- und Aushubarbeiten kann ggf. kontaminiertes Material anfallen. Belastetes Material ist einer ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung zuzuführen (§§ 7 und 15 Kreislaufwirtschaftsgesetz).

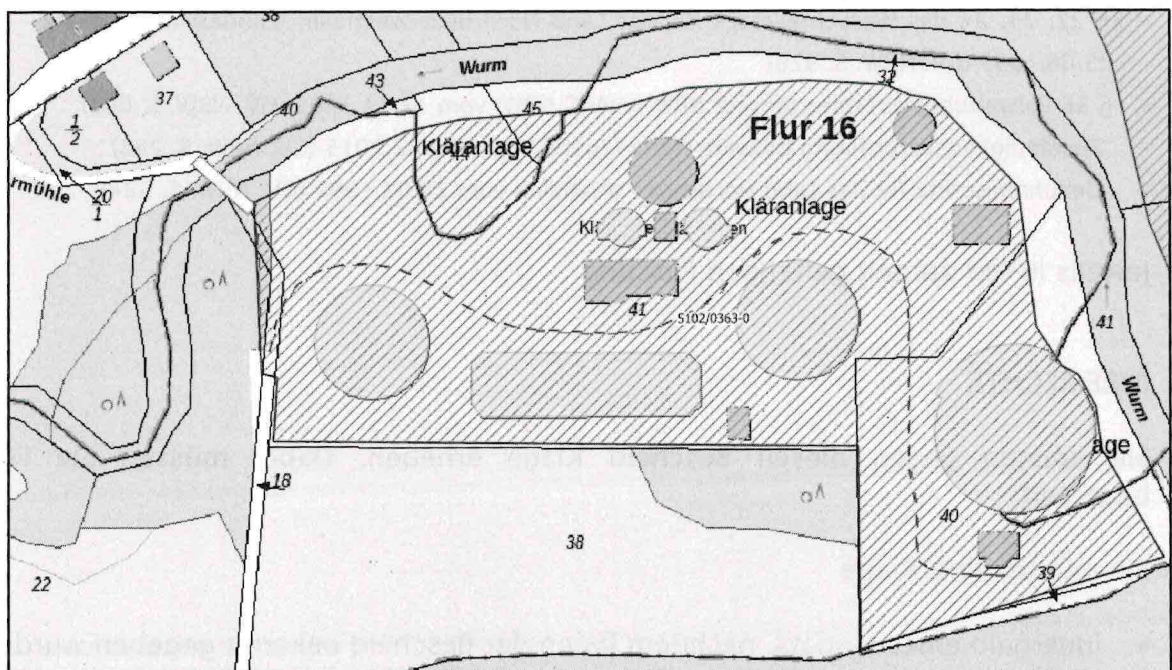


Abb. Standort Kläranlage (blau schraffiert)

- Diese Genehmigung erfolgt unbeschadet Rechte Dritter und ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche Genehmigungen, Gestattungen, Erlaubnisse und Anzeigen.
- Sofern die Genehmigung wegen Überschreiten der in Nebenbestimmung 4. gesetzten Frist erloschen ist, ist für die Bauarbeiten ein neues Genehmigungsverfahren einzuleiten. Hiermit wird erreicht, dass Baumaßnahmen dem jeweilig aktuellen Stand der Technik entsprechend ausgeführt werden.
- Schäden am Bachbett, an den Böschungen oder an den Verrohrungen, die nachweislich auf Ihre Bauarbeiten zurückzuführen sind, gehen zu Ihren Lasten.



- Alle Schäden, die sich aus Bau und Betrieb der Maßnahme ergeben, gehen zu Ihren Lasten.
- Die Vorschriften des Nachbarrechtsgesetzes bleiben unberührt.

#### **KOSTEN (Gebühren und Auslagen):**

Für diese Genehmigung wird gem. § 8 Abs. 1 Nr. 4 Gebührengesetz NRW keine Verwaltungsgebühr erhoben.

#### **RECHTSGRUNDLAGEN FÜR DIESEN BESCHEID:**

- § 36 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585)
- §§ 22, 23, 24 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein–Westfalen (Landeswassergesetz – LWG) vom 25.06.1995 (GV. NRW. S. 926)
- § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW. S. 602)
- Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) vom 03.02.2015 (GV. NRW. S. 268)
- Gebührengesetz für das Land Nordrhein–Westfalen vom 23.08.1999 (GV. NRW. S. 524)

jeweils in der zurzeit geltenden Fassung

#### **IHRE RECHTE**

Sie können gegen diesen Bescheid Klage erheben. Dabei müssen Sie Folgendes beachten:

Sie müssen Ihre Klage

- innerhalb eines Monats, nachdem Ihnen der Bescheid bekannt gegeben wurde,
- beim Verwaltungsgericht Aachen, Adalbertsteinweg 92 im Justizzentrum, 52070 Aachen,
- schriftlich oder zur Niederschrift der Urkundsbeamtin bzw. des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle

erheben.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gem. § 55a Abs. 4 VWGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe

der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Wird die Klage durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, eine Behörde oder eine juristische Person öffentlichen Rechts erhoben, muss sie nach § 55d Satz 1 VwGO als elektronisches Dokument übermittelt werden.

Eine Klage gegen die Kostenerhebung hat keine aufschiebende Wirkung. Sie müssen die Kosten daher zunächst erstatten, auch wenn Sie Klage erhoben haben.

#### Hinweis

Bei einer Klage können Ihnen Kosten entstehen. Ich empfehle Ihnen deshalb, sich zuvor mit mir in Verbindung zu setzen. So können Fragen zum Bescheid eventuell auch ohne Klage geklärt werden. Beachten Sie jedoch, dass sich die Klagefrist von einem Monat hierdurch nicht verlängert.

Weitere Informationen zur elektronischen Klageerhebung erhalten Sie auf der Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de).

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Nina Quadflieg

#### Anlagen

#### Verteiler:

Kopie an Stadt Würselen ✓  
Kopie an WVER